Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache **Nr. 4284**

Der Bundesminister für Arbeit
Ib 1989. 07/130/53

Bonn, den 13. April 1953

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Statistik der Kriegsopferversorgung

Bezug: Beschluß des Deutschen Bundestages vom 21. Juni 1951 betreffend Bericht über die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes - Nrn. 2311, 2629, 2777, 2928, 3045, 3244, 3406, 3648, 3721, 3986, 4091 der Drucksachen -

Durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 21. Juni 1951 war das Bundesministerium für Arbeit beauftragt worden, jeweils in einem Zeitraum von drei Monaten über die Umanerkennung nach dem Bundesversorgungsgesetz zu berichten. Die Umstellung vom bisherigen zum neuen Recht kann nunmehr praktisch als abgeschlossen angesehen werden; von dem Bestand an Versorgungsberechtigten machten die noch nicht umanerkannten Fälle weniger als 2 v. H. aus. Von einer weiteren Berichterstattung darf ich daher wohl absehen.

Storch

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 38
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1